

Dokumentation „Speed-Dating“ zur Kommunalwahl Mittwoch, 26. August 2020 im Jahrhunderthaus Bochum

Bochum steht vor großen Herausforderungen: Strukturwandel, Klimawandel und Digitalisierung haben bereits deutliche Auswirkungen auf unsere Lebens- und Arbeitswelt. Diese Transformation gilt es sozial, ökologisch und fair zu gestalten, vor Ort und in jeder Region.

Gleichzeitig muss das friedliche und respektvolle Miteinander der Menschen vorangetrieben werden. Der DGB steht für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Der Politik der Spaltung setzen wir Solidarität und Zusammenhalt entgegen.

Im Sinne einer lebendigen Demokratie vor Ort ist es dem DGB ein großes Anliegen, die diesjährige Kommunalwahl zu unterstützen und die Diskussionen über die anstehenden Herausforderungen in Bochum mit eigenen Impulsen zu befruchten. Im Rahmen dessen haben wir mit Gewerkschaftsmitgliedern und den OB-Kandidaten und Kandidat*innen der demokratischen Parteien über deren Ziele und Ideen, aber auch über unsere kommunalpolitischen Schwerpunktthemen und -forderungen diskutiert:

Wohnen – Arbeit – Mobilität – Bildung – Wirtschafts- und Strukturpolitik

Das Format Speed-Dating ermöglicht in kurzweiliger Art und Weise einen Austausch und auch eine Diskussion über unterschiedliche politische Positionen zur Kommunalwahl. Während die Teilnehmer*innen bei dem einmal gewählten Thema verbleiben, müssen die Politiker*innen zu jedem Thema Stellung beziehen – und das, ohne sich hinter Floskeln verstecken zu können.

Gäste:



Oberbürgermeister Thomas Eiskirch



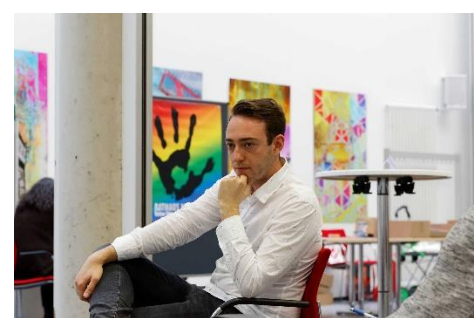
**Spitzenkandidatin Barbara Jessel,
Bündnis 90/die Grünen**



**OB-Kandidat Amid Rabieh,
Die Linke**



OB-Kandidat Christian Haardt, CDU



Léon Beck, FDP



Der DGB gemeinsam mit den Gästen „Rathaus nazifrei! Keine Stimme für AfD und NPD“ - v.l.n.r.: Daniela Lanz (GEW), Amid Rabieh (Die Linke), Stefan Marx (DGB Ruhr-Mark); Barbara Jessel (Die Grünen), Thomas Eiskirch (SPD), Bettina Gantenberg (DGB Bochum), Bernd Dreisbusch (ver.di Mittleres Ruhrgebiet), Volker Strehl (IG Metall Bochum-Herne), Alexander Wessels (IG BCE), Léon Beck (FDP), Christian Haardt (CDU)

Stärkung der Demokratie

Demokratie braucht Zusammenhalt. Er entsteht durch Teilhabe und Mitbestimmung, auch jenseits von Wahlen. Deshalb sind alle Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, auch nicht wahlberechtigte Ausländer, Kinder und Jugendliche. Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer sollten das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn sie länger als zwei Jahre hier leben. Ein demokratisches Gemeinwesen be-



Bettina Gantenberg, Vorsitzende DGB Bochum

nötigt ein starkes soziales Netz. Ausgaben für soziale Leistungen, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur müssen gesteigert werden. Dazu gehört die dauerhafte Finanzierung von Notunterkünften, wie Frauenhäusern und Beratungsstellen. Unsere Kommunen sind, bei allen Problemen und Aufgaben, offen, bunt und lebensfroh. In unseren Städten und Gemeinden stellen wir gemeinsam die Weichen für Chancengleichheit und das Funktionieren unserer Demokratie. Damit das funktioniert, ist es wichtig, die Kommunen am 13. September zu stärken: Zur Wahl gehen, demokratische Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten wählen und mit einer hohen Wahlbeteiligung bei der Kommunal- und Integrationsratswahl unsere Demokratie stärken.



Bezahlbarer Wohnraum

Es braucht eine Offensive beim sozialen Wohnungsbau, beim Ausbau von Azubi-Wohnheimen und bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für kleinere und mittlere Einkommen. Die energetische Sanierung ist voran zu treiben. Ebenso müssen Mieterinnen und Mieter besser geschützt werden. Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften kommt bei der Schaffung von Wohnraum eine besondere Bedeutung zu. Öffentliche Liegenschaften oder Baugrund sollten nicht verkauft, sondern vorrangig in Erbpacht vergeben werden. Sollte es dennoch zum Verkauf kommen, muss die Gemeinwohlorientierung entscheidend sein. Ein Verkauf an private Investoren darf nur unter Anwendung sozialer Kriterien, wie bspw. einem Mindestanteil von Wohneinheiten zu einer bestimmten Miethöhe, zu Stande kommen.



Alexander Wessels, Jugendsekretär IG BCE

Thomas Eiskirch, SPD: 80 Prozent der Mietwohnungen in Bochum sind in privater Hand. Da müssen wir neben unseren eigenen Anstrengungen Anreize schaffen, preisgünstiges, anspruchsvolles und barrierearmes Wohnen möglich zu machen.

Christian Haardt, CDU: Bochum sollte mit Fantasie neue Wohnprojekte wie Tiny Houses und Azubiwohnheime nutzen, um die Wohnsituation zu lockern und Wohnmöglichkeiten für Geringverdiener zu schaffen.

Amid Rabieh, Die Linke: Die VBW sollte gemeinwohlorientiert sein, damit die Stadt aktiv sozialen Wohnraum in Bochum fördern kann.

Barbara Jessel, Bündnis 90 / Grüne: Baugrundstücken sollten nach dem Prinzip des besten Konzepts und nicht des höchsten Gebots vergeben werden.

Léon Beck, FDP: Es sollte höher gebaut und Baulücken genutzt werden und die Bürokratie bei der Erschließung und Vergabe von Baugrundstücken abgebaut werden.



Gute Arbeit

Die öffentliche Hand und ihre Betriebe müssen sich zu Guter Arbeit und Ausbildung verpflichten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass neben der Wirtschaftlichkeit auch soziale Kriterien wie Tariftreue, fairer Handel und Mitbestimmung gewährleistet sind. Die Ausbildungsbereitschaft der



Stefan Marx, Geschäftsführer DGB Ruhr-Mark

Unternehmen muss sich positiv auswirken. Wir fordern ein kommunales Arbeitsmarktprogramm, das alle Zielgruppen in den Blick nimmt. Dazu zählen auch ein sozialer Arbeitsmarkt und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist unter Einbeziehung der Personalräte so zu entwickeln, dass Arbeitsschutz, Qualifizierung und gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten ebenso gewährleistet sind wie Bürgernähe und die Optimierung von Abläufen.

Léon Beck, FDP: Die heutige Arbeitswelt ist flexibel. In allen Lebenswelten sollte auch die Arbeitszeit flexibel sein. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen einbezogen werden.

Amid Rabieh, Die Linke: Gute, tariflich bezahlte, unbefristete Arbeitsplätze brauchen wir als Voraussetzung für Ansiedlungen in den Ruhrgebietskommunen.

Barbara Jessel, Bündnis 90 / Grüne: Arbeit muss gerecht bezahlt werden, langfristig sicher sein und Zeit für Familie bieten.

Christian Haardt, CDU: Wir müssen kommunal Beschäftigte gut bezahlen, damit wir auch weiterhin gute Arbeitskräfte bekommen.

Thomas Eiskirch, SPD: In den vergangenen fünf Jahren sind 13.000 neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Bochum entstanden. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist um 23 Prozent gesunken. Und wir machen weiter.



Mobilität für Alle

Mobilität für alle erfordert nachhaltige, sichere, effiziente und finanzierbare Lösungen in ländlichen und urbanen Räumen. Ziel muss es sein, den Verkehr bis 2050 CO²-neutral zu gestalten und gleichzeitig bezahlbare Mobilität in guter Qualität zu ermöglichen. Dabei müssen Fragen der Stadtentwicklung, Raumplanung und des Wohnungsbaus mit beachtet werden. Der tägliche Weg zur Arbeit darf nicht zur unlösbaren Herausforderung werden. Der öffentliche Personennahverkehr ist strategisch auszubauen. Die Taktzeiten und die Preisgestaltung sind so zu reformieren, dass der Umstieg auf ökologisch sinnvolle Verkehrsmittel sowohl in Ballungszentren als auch im ländlichen Raum gelingt.



Bernd Dreibusch, Geschäftsführer ver.di Mittleres Ruhrgebiet

Amid Rabieh, Die Linke: Wir investieren in Bus und Bahn und bauen sichere, flächendeckende Radwege. Die Bilanz von rot-grün ist schlecht, dort wird nur geredet, nicht gehandelt.

Barbara Jessel, Bündnis 90 / Grüne: Wir wollen noch mehr! Mehr und besseren ÖPNV, 100 km Radwege, eine Flatrate für Bund und Bahn. Aber, weniger Autos in der Stadt.

Christian Haardt, CDU: Wir denken neu und gehen das Thema ideologiefrei an. Wir werden die Frage beantworten, wie die Menschen am Besten von A nach B kommen.

Thomas Eiskirch, SPD: Mobilität funktioniert am besten, wenn jeder weiß, wo er lang fahren muss. Deswegen investieren wir in pragmatische Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer und verbessern so unser gesamtes Verkehrsnetz für Fußgänger, den ÖPNV, Rad- und Autofahrer.

Léon Beck, FDP: Die Bürgerinnen und Bürger sollen so schnell wie möglich nach A und B kommen und ein Verkehrsmittel ihrer Wahl gleichberechtigt nutzen können. Die Politik muss den Bedarf realisieren.



Chancengleichheit in der Bildung

Noch immer hängen Bildungschancen von der sozialen Herkunft ab. Es braucht eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige und für alle zugängliche Bildung von der KiTa bis zur Weiterbildung. Eine verantwortliche Schul- und Bildungspolitik stärkt die öffentliche Verantwortung und widersetzt sich Privatisierungstendenzen. Kommunen, die Chancengleichheit wollen, setzen auf integrative Schulformen, auf Inklusion, und fördern das längere gemeinsame Lernen. Investitionen sollten den Ansatz, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, unterstützen.



Daniela Lanz, Leitungsteam GEW Bochum

Gute Bildung braucht gute Räumlichkeiten: Die Investitionen in das Bildungswesen müssen deutlich erhöht werden. Das bedeutet auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur an städtischen Schulen. Chancengleichheit für alle benötigt eine regional abgestimmte Bildungsplanung. Um fehlendes Personal zu gewinnen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen. Kommunale Strategien zur Fachkräftegewinnung vor Ort können beim Wettstreit um bessere Bildung ausschlaggebend sein.

Barbara Jessel, Bündnis 90 / Grüne: Längeres gemeinsames Lernen ist auch lebenslanges Lernen.

Christian Haardt, CDU: Mehr Grundschulen und Ganztage an mindestens einer Schule jeder Schulform sowie mehr Unterstützung/Support der Stadt bei Technik und eindeutige Aufgaben des Schulträgers.

Thomas Eiskirch, SPD: Wir setzen auf eine Digitalisierungsoffensive: mit schnellem Internet, modernen Geräten und einem Online-Schulportal, das Eltern alle Infos auf einen Blick liefert.

Léon Beck, FDP: Digitale Ausstattung zur Förderung von sozialen Aufstiegsmöglichkeiten am Bedarf der verschiedenen Schulform orientiert.

Amid Rabieh, Die Linke: Schulentwicklung bedeutet mehr Gesamtschulen und keine soziale Selektion in der Bildung.



Aktive und regionale Struktur- und Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftsförderung in den Kommunen muss mit einer aktiven Strukturpolitik und Beschäftigungsförderung verbunden werden. Sie muss sich am Erhalt und der Schaffung neuer Wertschöpfung mit guter Arbeit in Industrie- und Dienstleistungsbranchen und für alle Qualifikationsstufen orientieren. Dabei sind die Stärkung der industriellen Basis und der Ausbau erneuerbarer Energien von elementarer Bedeutung. Wirtschaftsförderung muss sich dem Ziel verpflichten, Arbeitsplätze zu fördern, die tarifgebunden sind, in Unternehmen, in denen Sozialpartnerschaft gelebt wird und Betriebs- und Personalräte die Arbeitswelt mitgestalten. Kommunale Akteure, Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen, Unternehmen, Wissenschaft, Weiterbildner und die Agentur für Arbeit müssen sinnvoll vernetzt werden.

Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen allen Menschen und zu tragbaren Preisen zugänglich sein. Gemeinwohlorientierung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Dazu gehört auch die Rekommunalisierung von bereits privatisierten Unternehmen.



Volker Strehl, 2. Bevollmächtigter IG Metall Bochum-Herne

Christian Haardt, CDU: Nicht nur auf einen Wirtschaftszweig (z.B. Logistik) schauen. Wir benötigen eine breite Aufstellung. Flächen für Ansiedlung sind eine knappe Ressource. Die Interessen potenzieller Unternehmen müssen im Vordergrund stehen.

Thomas Eiskirch, SPD: Der Arbeitsmarkt in Bochum ist in den letzten fünf Jahren robuster und stabiler geworden. Wir brauchen in der Wirtschaft einen zukunftsfähigen Mix. Dazu gehören IT-Security, Gesundheitswirtschaft, aber auch industrielle Produktion - wie z.B. die Elektrolech-Produktion von ThyssenKrupp am Standort Bochum.

Léon Beck, FDP: Eine Senkung der Gewerbesteuer würde Ansiedlung und Beschäftigung fördern. Start-Ups, zum Beispiel Uni-Ausgründungen, dürfen nicht mit Bürokratie belastet werden. Ein Zentraler Ansprechpartner für Gründer*innen in der Verwaltung.

Amid Rabieh, Die Linke: Bei der Ansiedlung von Unternehmen muss auf gute Arbeitsbedingungen geachtet werden. 13 Euro sollte Minimum beim Lohn sein. Dazu ist Solidarität in der Metropole Ruhrgebiet notwendig. Einen Unterbietungswettbewerb darf es nicht geben.

Barbara Jessel, Bündnis 90 / Grüne: Umweltschutz und alternative Energieerzeugung sind Branchen mit Zukunft, auf die wir setzen müssen. Umwelt und Wirtschaft müssen zusammen gedacht werden.

